Wahlbetrug bei Bundestagswahlen?

Description

Von Achim Goerres

Eine 100%iger Sicherheit Ã¼ber die RechtmÃ¤Ã?igkeit der AuszÃ¤hlung bei Bundestagswahlen kann es nicht geben. Aber was wissen wir Ã¼ber mÃ¶gliche UnregelmÃ¤Ã?igkeiten? Dieser Beitrag stellt ein statistisches Verfahren zur Entdeckung von Problemen bei der AuszÃ¤hlung vor.

Bei der Bundestagswahl 2013 waren etwa 600.000 Menschen mit der AuszÃ¤hlung und der Verwaltung der Wahl beschÃ¤ftigt. Das entspricht ungefÃ¤hr der Einwohnerzahl der Stadt Essen. Dass es zu vereinzelten Fehlern bei vergangenen Bundestagswahlen kam, ist vielfach dokumentiert: manche Wahllokale wurden beispielsweise erst sehr spÃ¤t geÃ¶ffnet, oder bei einigen wurden im ersten Anlauf Stimmen nicht korrekt gezÃ¤hlt. Bewusste Manipulationen durch Beteiligte sind allerdings fÃ¼r Bundestagswahlen nicht dokumentiert, anders als bei kommunalen Wahlen in der Vergangenheit: Bei den Kommunalwahlen der Stadt Dachau im Jahr 2002 und den Wahlen zum Integrationsrat der Stadt Duisburg im Jahr 2010 beispielsweise kam es laut Gerichtsentscheid bzw. nach Ansicht der Staatsanwaltschaft zu Manipulationsversuchen. In Dachau hatte sich zum Beispiel ein Stadtrat die Vollmachten von einigen hundert Wahlberechtigten geben lassen und dann die Stimmen in seinem Sinne abgegeben.

FÃ¼r Bundestagswahlen stellt sich daher die Frage: Ist Wahlbetrug bisher einfach nicht entdeckt worden, oder hat es ihn wirklich noch nicht gegeben? Um diesen Fragen nachzugehen, habe ich zusammen mit Christian Breunig eine umfassende Studie Ã¼ber die Bundestagswahlen 1990 bis 2005 durchgefÃ¼hrt. FÃ¼r diese Studie haben wir alle Parteien- und Kandidatenergebnisse der etwa 80.000 Wahlbezirke Deutschlands analysiert. Wahlbezirke, deren Lokale typischerweise in Schulen, Turnhallen, anderen Ã¶ffentlichen GebÃ¤uden oder GaststÃ¤tten untergebracht sind, umfassen bis zu 2500 Wahlberechtigte. FÃ¼r alle grÃ¶Ã?eren Parteien, CDU, CSU, SPD und PDS/Linke in den neuen BundeslÃ¤nder, sowie deren Direktkandidaten haben wir die Anzahl der Ziffern an der zweiten Stelle der Stimmergebnisse gezÃ¤hlt. Wenn also eine Partei in einem Wahlbezirk 12 Stimmen, in einem zweiten 32 und in einem dritten 99 Stimmen erhalten

hatte, haben wir fÃ¼r sie zweimal eine 2 und einmal eine 9 notiert. Diese AuszÃ¤hlung haben wir fÃ¼r Wahlkreise (mit je etwa 250.000 deutschen StaatsbÃ¼rgern) und fÃ¼r BundeslÃ¤nder durchgefÃ¼hrt.

Wenn Wahlergebnisse â??natÃ¼rlichâ?? entstehen, muss die HÃ¤ufigkeit der Ziffern an der zweiten Stelle aus einer groÃ?en Anzahl von Wahlbezirken einer bestimmten Verteilung folgen. Diese Verteilung beschreibt das Benfordsche Gesetz. â??NatÃ¼rlichâ?? bedeutet hier ohne ein Eingreifen, wie es z.B. durch Wahlbetrug oder durch systematische Fehler entstehen wÃ¼rde. Nach diesem Gesetz ist die erwartete HÃ¤ufigkeit umso grÃ¶Ã?er, je kleiner der Nennwert der Ziffer ist. Die Ziffer 0 sollte demnach mit einer HÃ¤ufigkeit von 11,97 %, die Ziffer 1 mit der HÃ¤ufigkeit 11,39 % usw. â?? und am Ende die Ziffer 9 mit der HÃ¤ufigkeit 8,50 % auftreten. Diese GesetzmÃ¤Ã?igkeit tritt in der RealitÃ¤t immer dann und zwar nicht nur bei Wahlen auf, wenn Zahlen aus mehreren natÃ¼rlich ablaufenden Prozessen zusammenkommen. Wenn man beispielsweise alle Zahlen der ersten FAZ-Seiten eines Jahres aufschriebe, wÃ¼rden ihre HÃ¤ufigkeiten dem Benfordschen Gesetz folgen, weil sie aus ganz unterschiedlichen Entstehungsprozessen kommen. Bei Wahlen entstehen die Wahlergebnisse ebenfalls aus dem Zusammenspiel vieler Prozesse: der Aufstellung der Kandidaten in den Wahlkreisen, den Abstimmungen Ã¼ber die Parteilisten, der generellen PopularitÃ¤t der Partei, zufÃ¤lligen Fehlern und vielem mehr. Ein statistischer Test kann schlieÃ?lich mit einer hohen Wahrscheinlichkeit angeben, inwieweit die beobachteten HÃ¤ufigkeiten eine Abweichung von der Benfordschen Verteilung darstellen, die nicht nur durch Zufall entstanden sind.

Diese wissenschaftliche Ã?berprÃ¼fung ist wie der Einsatz eines Fieberthermometers; man kann damit eine Erkrankung feststellen, ohne etwas Ã¼ber die Ursachen zu wissen. Man kann damit herausfinden, wo Indizien fÃ¼r UnregelmÃ¤Ã?igkeiten bei der AuszÃ¤hlung vorliegen, die darauf hindeuten kÃ¶nnten, dass Menschen betrogen oder systematische Fehler begangen haben. Man kann damit keine Aussagen darÃ¼ber treffen, welche Partei von UnregelmÃ¤Ã?igkeiten Vor- oder Nachteile hatte. Allerdings kann uns die Ã?berprÃ¼fung des Benfordschen Gesetzes drei wichtige Fragen beantworten:

Gab es Indizien fÃ¼r Wahlbetrug?

Nur in einem einzigen Kontext. Bei der Bundestagswahl 2002 gab es viele Verletzungen des Benfordschen Gesetzes fÃ¼r die Wahlergebnisse der PDS in den neuen BundeslÃ¤ndern. Eine Verletzung bedeutet eine statistische Wahrscheinlichkeit von Ã¼ber 95 %, dass die Verteilung tatsÃ¤chlich nicht dem Benfordschen Gesetz entsprach. Angesichts der Tatsache, dass die PDS damals in den Umfragen unter 5 % gesehen wurde (und letztendlich nur durch Direktmandate vertreten werden wÃ¼rde), bedeutet diese HÃ¤ufigkeit, dass zugunsten oder zuungunsten der PDS ausgezÃ¤hlt worden sein kÃ¶nnte. Alle anderen Tests, vor allem bei den Direktkandidaten, bei denen eine falsche AuszÃ¤hlung der Erststimmen direkten Einfluss auf einen Sitz in Parlament gehabt hÃ¤tte, wiesen auf keine systematischen Probleme hin.

Gab es Anzeichen fÃ¼r schlechtes Management?

Nein. Gerade in den neuen BundeslÃ¤ndern nach der Wiedervereinigung 1990 hÃ¤tte man gehÃ¤ufte Probleme aufgrund von Umsetzungsschwierigkeiten erwarten kÃ¶nnen. Diese haben wir nicht gefunden.

Gab es Indizien fÃ¼r systematische Fehler?

Ja. Je dominanter eine Partei in einem Bundesland ist, desto wahrscheinlicher sind Verletzungen des Gesetzes. Diese Muster verlangen weitere Forschung, weil sie beispielsweise auf QualitÃ¤tsunterschiede in der AuszÃ¤hlung aufgrund der Zusammensetzung der Wahlhelfer zurÃ¼ckgehen kÃ¶nnten.

Insgesamt offenbaren die Ergebnisse dieser Tests, dass es wenig Grund zur Beunruhigung gibt. DafÃ¼r, dass der Wahlprozess in Deutschland sehr komplex und vielschichtig ist, gab es erstaunlich wenige Verletzungen des Benfordschen Gesetzes. Kurz: dieses Fieberthermometer bescheinigt der deutschen Demokratie hÃ¶chstens eine leicht erhÃ¶hte Temperatur, die sicherlich erforscht werden, aber nicht Anlass zum Zweifel an der RechtmÃ¤Ã?igkeit der WahlauszÃ¤hlung geben sollte.

Verwendete Quellen

Breunig, Christian/Goerres, Achim (2011): Searching for Electoral Irregularities in an Established Democracy: Applying Benfordâ??s Law Tests to Bundestag Elections in Unified Germany, *Electoral Studies*, 30: 534-45.

Malsch, Bodo (2011): Staatsanwaltschaft geht von WahlfÃ¤lschung aus, WAZ, 12.04.2013.

SÃ¼ddeutsche Zeitung, Dachauer WahlfÃ¤lscher mÃ¼ssen mehr als 116.000 Euro zahlen, 08.08.2006, online abgefragt 03.07.2009.

Date Created
November 4, 2013
Author
politikwissenschaft_h1c5yk